

P R O T O K O L L
der 360. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 20. Mai 2014
Zeit	19.30 – 21.35 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Martin Humm
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kempf Stefan, Kneubühler Peter, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Näf-Piera Virtudes, Pulver-Schober Beatrice, Raaflaub-Minnig Ruth, Racine Raphael, Reimers Markus, Ritschard Daniel, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Treier Hannes, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Kämpf Marcel, Pulver-Schober Beatrice
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Schmid Beat, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Brügger Yong, Fitze Wehrle Barbara, Friedli Rolf, Jordi Kevin, Siegenthaler Muinde Gabriele GR: Künzi-Egli Barbara
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 15

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 18. März 2014	227
2	Sanierung der Personalvorsorge der Einwohnergemeinde Muri bei Bern	227
3	Jahresrechnung 2013 der Gemeinde Muri bei Bern	230
4	Verwaltungsbericht 2013 der Gemeinde Muri bei Bern	236
5	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2013; Abrechnung	237
6	Wiesenstrasse 35 + 35 A; Sanierung nach BEakom	238
7	Bahnhofstrasse; Sanierung	239
8	Fraktionsübergreifende Motion: Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern-Wankdorf-Muri; Zwischenbericht	239
9	Postulat Hässig (SP) betr. Energiestadt-Label; Zwischenbericht	240
10	Motion Brügger (SP) betr. "Planungszone für Mobilfunkantennen"	241
11	Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betr. "ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderates"	244
12	Motion Wegmüller (SP) betr. Einführung einer flächendeckenden Parkplatzbewirtschaftung in Muri-Gümligen	245
13	Motion Racine (SP): Transparente Gemeinderatsentschädigungen	246
14	Informationen des Gemeinderats	249
15	Neue parlamentarische Vorstösse	249

Der Vorsitzende eröffnet die 360. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal. Speziell begrüsse er die neuen Parlamentsmitglieder Stefan Kempf (forum) als Nachfolger von Martin Häusermann – den er in seiner neuen Funktion als Gemeinderat begrüsse – und Daniel Ritschard (SP) als Nachfolger von Kornelia Hässig.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende führt aus, bevor er zum Traktandum 1 komme, stelle er fest, dass mit den beiden neuen Ratsmitgliedern der Frauenanteil auf historisch tiefe 25 % gesunken sei und auch im Gemeinderat bestehe die Frauenmehrheit nicht mehr. Er bedaure dies sehr und spreche den anwesenden Frauen im Saal eine Ermutigung aus. Es sei schwierig, Frauen zu finden, die sich politisch engagieren möchten. Dies sei nicht neu, sondern sei auch schon zu biblischen Zeiten so gewesen: "Eine tüchtige Frau, wer kann sie finden? Sie ist wertvoller als die edelsten Perlen" (Spruch 31, Vers 10). Die edelsten Perlen seien hier im Saal vorhanden und dies sei sein heutiges Kompliment an die Damen.

1 Protokoll der Sitzung vom 18. März 2014

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Sanierung der Personalvorsorge der Einwohnergemeinde Muri bei Bern

Der Vorsitzende verweist darauf, dass am 7. Mai 2014 eine Infoveranstaltung mit dem versicherungstechnischen Experten Peter Schiess stattgefunden habe und den Ratsmitgliedern mit Mail vom 15. Mai 2014 die gestellten Fragen mit den entsprechenden Antworten zugestellt worden seien.

Christian Spycher führt als GPK-Sprecher aus, die Personalvorsorge der Einwohnergemeinde Muri bei Bern sei eine unselbständige Einrichtung des öffentlichen Rechts und wickle die Vorsorge über die Pensionskasse (Leistungsprimat) und über die BVG-Spar- und Risikokasse (Beitragsprimat) ab. Die Fragen der Fragestunde für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier seien zugestellt worden. Sie seien sehr umfangreich und sehr technisch, weshalb er darauf verzichte, hier darauf einzugehen. Die GPK habe sich dafür ausgesprochen, dass der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat im Vordergrund stehe. Anschliessend sei die Frage über einen Zusammenschluss oder einen Alleingang mit einem externen Verwalter durchaus erlaubt. Die Anlagekommission erhalte regelmässig ein Reporting und begleite die Paritätische Kommission, auch bei der Umsetzung der Stabilisierungs- und Sanierungsmassnahmen. Das Personal sei orientiert und in die Sanierung eingebunden worden. Der GPK sei versichert worden, dass der à fonds perdu-Beitrag in drei Teile gesplittet und im Budget ausgewiesen werde. Die GPK beantrage dem Grossen Gemeinderat einstimmig die Beschlussfassung gemäss gemeinderätlichem Antrag.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, er könne einleitend noch eine Lanze für die Frauen brechen: Bei den Stimmberechtigten in unserer Gemeinde hätten wir 5'100 weiblicher Natur und nur 4'400 männlicher Natur. Nun aber zu Traktandum 2, Sanierung der Personalvorsorge: Mit seiner heutigen Botschaft erseuche der Gemeinderat den Grossen Gemeinderat, in den Jahren 2014, 2015 und 2016 je einen jährlichen Beitrag von CHF 355'000.00, insgesamt ergebend die CHF 1,065 Mio., für die Sanierung der gemeindeeigenen Pensionskasse zu sprechen. In dieser Pensionskasse seien im Moment die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, des APH's und der Gemeindebetriebe versichert. Es könnte sich abzeichnen, dass noch weitere Versicherte dazu stossen würden. Obschon das Traktandum als reines Finanzgeschäft vermittelt werden könnte, habe der Gemeinderat versucht, in der Botschaft die Ursachen der Unterdeckung und den Weg, wie man aus dieser Unterdeckung hinausgelangen wolle, aufzuzeigen. Der Weg, um aus dieser Unterdeckung herauszukommen, beinhalte die Inangriffnahme von Stabilisierungsmassnahmen, wie

auch von Sanierungsmassnahmen und es sei klar, dass im Sinn der Opfersymmetrie Arbeitnehmer und Arbeitgeber Beiträge leisten müssten. In einem aufwändigen Prozess und unter Einbezug der Mitarbeitenden habe man die einzelnen Schritte in der Paritätischen Kommission – vertreten seien 4 Arbeitnehmer- und 4 Arbeitgebervertretungen – besprochen und zu Händen des Gemeinderats zur Beschlussfassung einstimmig – er betone einstimmig – verabschiedet. Nebst den Zinskorrekturen und anderen Anpassungen steche als markante Änderung hervor, dass auf den 1. Juli dieses Jahres der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat vorgesehen sei. Dem hätten die Angestellten im vorliegenden Kontext zugestimmt. Dieser Wechsel und die anderen vorzunehmenden Korrekturen würden seitens der Arbeitgeberin Sanierungsbeiträge bedingen, die auf drei Jahre gestückelt würden. Die Überführung der jetzt noch unselbständigen Pensionskasse in die Selbständigkeit, wie dies das BVG bis Ende 2014 vorschreibe (wobei niemand wisse, was passieren würde, wenn dies nicht gemacht würde), sei nicht Bestandteil dieser Botschaft. Möglich seien als Rechtsformen die Stiftung oder die öffentlich-rechtliche Anstalt. Dazu werde das Parlament zu einem späteren Zeitpunkt begrüsst. Im Rahmen der Entwicklung dieser Stabilisierungs- und Sanierungsmassnahmen habe man auch den Anschluss an Sammelstiftungen wie Previs oder Comunitas geprüft. Dies seien Sammelstiftungen, die einen ähnlich schlechten Deckungsgrad hätten, wie wir auch. Bei allen anderen mit einem Deckungsgrad von 100 % wäre dies nicht finanzierbar. Alle Involvierten hätten sich aber dafür ausgesprochen, die Eigenständigkeit zumindest vorerst noch zu wahren und so eine grössere Mitwirkungsmöglichkeit zu haben, als wenn man in einem grösseren Gefäss wäre und eventuell nicht einmal eine Vertretung in den bestimmenden Gremien haben könnte. Mit einem Beschluss im Sinn der beantragten Sanierungsmassnahmen helfe der Rat mit, den initiierten Weg zur Gesundung unserer Pensionskasse erfolgreich zu beschreiten. Er danke für die Unterstützung.

Eintreten wird nicht bestritten.

Marcel Kämpf führt aus, die forum-Fraktion bedanke sich für die Unterlagen zur Sanierung der Personalvorsorge und insbesondere für die wertvolle Informationsveranstaltung vom 7. Mai 2014, wo das Umfeld und die Überlegungen auf dem Weg zur heute vorgeschlagenen Lösung etwas vertiefter dargestellt worden seien. Der Vorschlag des Gemeinderats enthalte für die Versicherten der Gemeinde vernünftige und tragfähige Beteiligungen an der Sanierung der Kasse und der Umwandlung ins Beitragsprimat. Die Betroffenen seien regelmässig schriftlich und mündlich orientiert worden und in den entsprechenden Gremien vertreten. Die StimmbürgerInnen des Kantons Bern seien am letzten Wochenende gegenüber dem Staatspersonal milde gestimmt gewesen. Die forum-Fraktion sei dies heute Abend ebenfalls und stimme den gemeinderätlichen Anträgen zu.

Beat Schmitter erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, wie in vielen Organisationen und Gemeinden müsse auch in Muri die Pensionskasse an die neuen Gegebenheiten des BVG und an die gesunkenen Erträge der Finanzmärkte angepasst werden. Wie vorher zu hören gewesen sei, hätten die StimmbürgerInnen des Kantons Bern am letzten Wochenende über die Sanierung der kantonalen Pensionskassen abgestimmt. Solche Sanierungen seien oft teuer, für alle Betroffenen schmerzhaft und würden zu Konflikten führen. Umso mehr sei man froh, dass in Muri eine Lösung habe erreicht werden können, welche von beiden Sozialpartnern mitgetragen werde; aus Sicht der FDP sei hier gute Arbeit geleistet worden. Sanierungen, vor allem wenn sie – wie auch hier – viel Geld verschlingen würden, seien immer unerfreulich, insbesondere wenn es keine echten Alternativen dazu gebe. Man könnte sich fragen, weshalb man mit der Planung der Sanierung so spät angefangen habe. Der Termin laufe Ende Jahr aus und man könnte sich überlegen, ob die Kosten etwas besser hätten verteilt werden können, wenn man die Sache 2, 3 Jahre vorher angegangen wäre. Jetzt liege sonst schon eine schwierige finanzielle Situation vor; aber dies sei

nun so und könne nicht geändert werden. Die FDP/jf-Fraktion stimme dem Antrag des Gemeinderat zähneknirschend – nicht weil er schlecht sei, sondern weil er viel Geld koste – zu.

Beat Wegmüller führt namens der SP-Fraktion aus, die Sanierung der Personalvorsorge Muri sei dringend notwendig, nachdem sich in den vergangenen Jahren der Deckungsgrad massiv verschlechtert habe. Die ganze Pensionskassengeschichte sei nicht einfach zu verstehen, sie sei sehr komplex, technisch und "expertenabhängig". Er wolle trotzdem einige Worte dazu sagen. Das Personal habe bereits ein Opfer gebracht, indem es einen reduzierten Leistungserwerb von 1,25 %, d.h. ein Minus von 0,5 % trage. Das Guthaben der Versicherten werde seit dem 1.1.2009 mit 3 % bei einem technischen Zinssatz von 3,75 % verzinst. Die Reduktion der Verzinsung der Sparguthaben während der nächsten 3 Jahre auf 1 % entspreche einem Sanierungsbeitrag der Versicherten von CHF 1,9 Mio. Die Arbeitgeber (Gemeinde Muri, gbm und Alters- und Pflegeheim) würden einen Sanierungsbeitrag von total CHF 1,7 Mio. erbringen. Man könne sagen, dass die Sanierung nicht gerade gleichwertig, aber mindestens einigermaßen ausgewogen sei. Das Personal müsse sich schliesslich auch mit der Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat zufrieden geben. Wie in der Botschaft erwähnt sei, müsse die rechtliche Verselbständigung der Pensionskasse noch im Jahr 2014 vollzogen werden. Längerfristig – nachdem die Pensionskasse wieder gut positioniert und finanziert sei – sei gleichwohl ein Anschluss an eine grössere Kasse zu prüfen. Die Gemeinde sei in der Pflicht, zur Sanierung der Pensionskasse ihren Beitrag zu leisten. Die SP-Fraktion bitte den Grossen Gemeinderat, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Markus Bärtschi erklärt namens der SVP-Fraktion, er gebe der FDP Recht, wir würden die Sanierung nicht besonders früh machen, wichtig sei aber, dass wir sie überhaupt machen würden. Der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat, der in der Vorlage enthalten sei, sei die wichtigste einzelne Sanierungsmassnahme überhaupt. Ebenfalls sehr wichtig werde sein, dass die in der zweiten Phase geplante rechtliche Verselbständigung bzw. Herauslösung aus der Gemeinderechnung umgesetzt werde. Mit einer ausfinanzierten und verselbständigten Kasse würden wir uns als valable Braut auf dem Hochzeitsmarkt präsentieren können und hätten dann gute Chancen, mit einem Anschluss an eine deutlich grössere Kasse schliesslich auch das Grundproblem zu lösen, dass die Anzahl unserer Gemeindeangestellten mathematisch eine zu kleine Menge darstelle, um einerseits in der Anlagepolitik angemessen risikofähig zu sein und andererseits, um die versicherten Risiken genügend breit zu verteilen. Der jetzige Zeitpunkt sei zudem mit Blick auf die Börse zufällig recht günstig. Die auf die Gemeindekasse zu nehmenden Gesamtkosten seien zwar kein Pappentiel. Gemessen an der Entwicklung in der Vergangenheit und an den möglichen Alternativszenarien, die hätten eintreten können, dürften sie trotzdem als vergleichsweise günstig bezeichnet werden. Dazu trage auch der Sanierungsbeitrag der Mitarbeitenden und Versicherten bei, welcher zu würdigen sei. Es dürfe von einer insgesamt fairen Lösung gesprochen werden. Die SVP-Fraktion bedanke sich für die seriöse Vorbereitung des Geschäfts und unterstütze es vorbehaltlos.

Sowohl Christian Spycher als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

1. Für die Sanierungsmassnahmen der Personalvorsorge der Einwohnergemeinde Muri bei Bern wird ein à fonds perdu-Beitrag von CHF 1'065'000.00 für 3 Jahre bewilligt.
2. Der Gemeinderat bzw. die Pensionskassen-Verwaltung wird mit der Umsetzung dieses Beschlusses beauftragt.

3 Jahresrechnung 2013 der Gemeinde Muri bei Bern

Der Vorsitzende verweist auf den Nachversand per Mail vom 6. Mai 2014, welcher den Bestätigungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans – ROD Treuhand – sowie die korrigierten Ausdrücke der Seiten 6, 20 und 21 der Jahresrechnung enthalten habe.

Christian Spycher führt aus, die GPK habe die Jahresrechnung 2013 zur Kenntnis genommen. Die Rechnung schliesse mit einem Aufwandüberschuss von CHF 5,635 Mio. (letztes Jahr CHF 2,847 Mio.) ab. Dies entspreche einer Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag von CHF 2,745 Mio. Der Aufwandüberschuss werde dem Eigenkapital entnommen, welches nach dieser Belastung bei 2,8 Steuerzehnteln und damit unter dem vom Gemeinderat vorgegebenen Eckwert von 3,0 Steuerzehnteln liege. Die wichtigsten Einflussgrössen seien vom Gemeinderat im Kapitel 4 der Botschaft zusammengefasst und von der GPK zur Kenntnis genommen worden. Nach dem unvorhersehbaren Steuerausfall von CHF 2,4 Mio. mit der Frage, ob und wann man die interkantonale Steuerauscheidung hätte erkennen und eine Steuer-rückstellung hätte tätigen sollen, stelle sich die GPK vielmehr die Frage, wie und wann der Gemeinderat dem Rat über den Ausgang des Verfahrens mit den 4 Steuerjuristen berichten könne. Die GPK habe das Dokument "Gemeinden untereinander vergleichen" zum Anlass genommen, die Finanzkennzahlen auf Seite 48 der Rechnung genauer zu analysieren. Der Selbstfinanzierungsgrad (SFG) sei als ungenügend einzustufen. Die Zusammenfassung in der Nachkreditabelle und die Investitionen 2013 (Vergleich mit Plan) nehme die GPK ebenfalls zur Kenntnis und sie nehme den Gemeinderat in die Pflicht, diese Ausgaben nach wie vor mit der Priorität der Ausgabendisziplin zu führen. Die GPK danke Finanzverwalter Beat Schmid für seine geleistete Arbeit und für seinen Leistungsausweis, kein abgelehntes Budget zu haben. Die GPK stelle sich die Frage, welche Massnahmen im Rahmen des Projekts ASP (Aufgaben- und Strukturüberprüfung) jetzt umgesetzt werden müssten, damit sie im Budget 2015 überhaupt erkennbar seien. Wann die Arbeiten dazu beginnen würden? Die GPK erkenne das Streben des Gemeinderats nach einer effizienten Leistungserbringung, hoher Ausgabendisziplin und grossem Kostenbewusstsein im Kommentar zum Rechnungsergebnis und werde die Umsetzung in der erwähnten ASP prüfen. Mit diesen Worten empfehle die GPK dem Rat einstimmig, die Rechnung 2013 anzunehmen und die Nachkredite zu bewilligen.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, Beat Schmid unterstütze heute letztmals den Finanzminister bei der Präsentation der Jahresrechnung. Mitte Jahr wolle er in den Ruhestand gehen, dies sei ihm bewilligt worden. Das Ziel von Beat Schmid in seinen 29 Jahren als Finanzverwalter der Einwohnergemeinde sei gewesen, nie ein abgelehntes Budget zu haben – zum Glück habe man die letztjährige Abstimmung doch noch gewonnen – und nie eine negative Revision der Jahresrechnung erleben zu müssen. Beides habe er erreicht; auch die letzte Revision weise keinen "Tolgg" auf. Er danke Beat Schmid für seine stets tadellose Arbeit.

Aufgrund eines Systemfehlers sei ein Konto beim Ausdruck der dem Rat zugestellten Jahresrechnung – nachdem der Gemeinderat alle Unterlagen beschlossen hatte – leider nicht in den Ausdruck miteinbezogen worden. Es seien Seiten falsch, das Gesamtergebnis aber richtig gewesen. Sowohl der Finanzkommission als auch dem Gemeinderat habe die richtige Rechnung vorgelegen. Das Parlament habe im Oktober 2012 einem Budget für das Jahr 2013 mit einem Minus von rund CHF 2,9 Mio. zugestimmt. Nun komme ein unvorhersehbarer Steuerausfall von rund CHF 2,4 Mio. dazu, womit man schon bei CHF 5,3 Mio. sei. Die darüber hinaus vorliegenden Abweichungen von CHF 300'000.00 würden in einem Streubereich liegen, den man akzeptieren müsse. So gesehen habe die Gemeinde, soweit in ihrem Wirkungsbereich liegend, ihre Steuervorgaben eingehalten.

Leider würden im Steuerrecht Verjährungsfristen von 15 Jahren bestehen. Die Steuerforderung, die die Steuerverwaltung im Februar letzten Jahres mittels Verfügung – bezahlbar innert 30 Tagen resp. werde verrechnet mit der nächsten Steuertranche – gestellt habe, habe man zur Kenntnis nehmen müssen. Wie der GPK-Präsident schon erwähnt habe, habe man sich die Frage stellen müssen, ob man den Steuerausfall hätte erkennen und Steuerrückstellungen hätte tätigen müssen. Es liege ein in keiner Art und Weise vorhersehbarer Tatbestand vor. Wenn man die Rechnung genau anschau, so sehe man, dass wir Rückstellungen für Steueranteile hätten. Diese würden minutiös vom Steuerverwalter, Toni Bigler, berechnet und nachgeführt und die Revisionsstelle habe ein sehr starkes Augenmass darauf, ob dafür ein genügend hoher Betrag vorhanden sei. Man gehe davon aus, dass alle anderen Steueranteile rückwirkend abgedeckt werden könnten, aber diese CHF 2,4 Mio. hätten nicht abgedeckt werden können.

Man befinde sich im Prozessstadium, die Verhandlungen würden noch laufen, es würden sich, wie vom GPK-Sprecher schon erwähnt, insgesamt vier Steuerjuristen mit der Sache befassen. Es sei selbst für einen Juristen höchst interessant mitzubekommen, was nun wie noch gelten solle. Von daher bitte er um Verständnis, dass er keine weiteren Ausführungen machen könne, um nicht mögliche Prozessvarianten zu gefährden. Wie erwähnt betrachte der Gemeinderat diese CHF 2,4 Mio. als einzigen "Tolgg" in der Jahresrechnung. Aufwand- und ertragsmässig habe er die Aufgaben gemacht. Dort, wo man die Rechnung habe beeinflussen können, sei dies gemacht worden.

Es gelte nun, das Budget 2015 mit dem Rucksack des negativen Abschlusses 2013 zu erstellen. Ertragsmässig werde man erneut genaueste Berechnungen der Steuererträge anstellen und aufwandmässig müsse man prüfen, wo und in welchen Bereichen die ASP 2015 bereits nächstes Jahr Auswirkungen entfalten könne. Auswirkungen, in deren Entscheidungsfindung das Parlament mit einbezogen werden solle, wie der Gemeinderat in seiner Beantwortung der Motion unter Traktandum 11 in Aussicht stelle. Noch ein Wort zur ASP: Mit dieser Überprüfung wolle man klären, welche Infrastrukturen und Dienstleistungen man inskünftig unserer Bevölkerung noch anbieten wolle und wenn ja, auf welcher Flughöhe. Damit schliesse er von Anfang an aus, dass normativ ein fixer Betrag definiert werde, der mit der ASP eingespart werden solle. Der Anfang mit dem Leitprojekt Lehrschwimmbecken sei etwas ungünstig gewesen, aber so wie es jetzt aufgelegt sei, sehe der Rat, wie man die ASP-Teilprojekte angehen wolle. In diesem Sinn bitte er um Zustimmung zu den drei gestellten Anträgen gemäss Botschaft.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung in folgender Reihenfolge: Botschaft, Rechnung 2013, Investi-

tionen 2013 (Vergleich mit Plan), Nachkreditabelle und Dokument "Gemeinden untereinander vergleichen".

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Matthias Gubler führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe die Rechnung 2013 unserer Gemeinde an der Fraktionssitzung vom 15. Mai 2014 besprochen. Das letztjährige Defizit sei zwar unschön, jedoch in keiner Weise budgetmässig voraussehbar gewesen. Die Ursache liege in einem Steuerausfall infolge interkantonaler Steuerauscheidung aus den Jahren 2001 und 2002. Der Rest der Rechnung liege im Rahmen des Budgets 2013. Die FDP/jf-Fraktion empfehle einstimmig die Annahme dieser Rechnung.

Beat Marti erklärt, die forum-Fraktion habe die zugestellte Rechnung 2013 intensiv studiert. Sie danke für die tadellose Rechnungsführung und die Präsentation. Das forum anerkenne die Sparanstrengungen, welche in der Rechnung ersichtlich seien. Hier würden aber die positiven Aspekte leider aufhören. Betrachte man zum Beispiel den Realisierungsgrad der Investitionen und das Gesamtergebnis, zeige sich ein ausgesprochen düsteres Bild. Die Gemeinde Muri steuere auf ein riesiges Finanzproblem zu bzw. stecke schon tief darin. Ob dies so weitergehen solle? Der Realisierungsgrad der vorgesehenen Investitionen von lediglich 54 % sei sehr mager. Wie jeweils bei der Budgetierung angenommen werde, sollte der Realisierungsgrad 85 % betragen. Wenn man nun auch noch berücksichtige, dass in den vergangenen Jahren bei den Investitionen sehr zurückhaltend gearbeitet worden sei, würden wir je länger je mehr einen grossen Investitionsdruck auf die folgende Generation aufbauen. Ob der Rat als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde dies weiterhin so geschehen lassen dürfe? Das forum sehe in Anbetracht der Finanzlage der Gemeinde dringenden Handlungsbedarf. Die Ausgaben, aber insbesondere auch die Einnahmen der Gemeinde müssten intensiv im Auge behalten werden. Eine weitere Ausgabenkürzung in den nächsten Jahren sei sicher nicht mehr allein zielführend. Es werde sich zeigen ob und wie viel Potenzial überhaupt in der ASP drin sei. Er bitte seine Kolleginnen und Kollegen des GGR mitzuhelfen, bei der kommenden Budgetdebatte das "goldene Kalb" Steuerfuss vom Sockel zu stossen, damit sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben der Gemeinde wieder auf gesunde Fundamente gestellt würden. Er sei sich bewusst, dass das bürgerliche Lager wieder mit dem Slogan "keine Steuern auf Vorrat" kommen werde. Es sei erlaubt zu fragen: "Wo sind denn diese Steuern auf Vorrat?", wenn die Finanzlage der Gemeinde – bei diesem alljährlichen grossen Defizit trotz Spardruck und Investitionsrückgang – so aussehe. Die forum-Fraktion werde heute der Genehmigung der vorliegenden Rechnung ohne Begeisterung zustimmen.

Markus Bärtschi führt aus, auch die SVP-Fraktion habe den schlechten Abschluss mit einer gewissen Bestürzung zur Kenntnis genommen. Alle hätten sich an das scheinbare Naturgesetz gewöhnt, dass unsere Rechnungen jedes Mal besser abschliessen würden, als sie veranschlagt worden seien. Im Kopf habe man zwar gewusst, dass dies häufiger als nicht auf Sondereffekte zurückzuführen gewesen sei, aber das wohlige Bauchgefühl habe man damit nicht völlig vertrieben. Jetzt müsse man zur Kenntnis nehmen, dass das schon immer recht labile Gleichgewicht zwischen kleinen Überschüssen und kleinen Defiziten nicht mehr gespielt habe und die Waage auf die Seite eines grossen Defizits gekippt sei – und dies liege nicht nur an dieser Steuer- teilungsgeschichte. Er habe einmal gelernt: "Wenn es pressiert, zuerst eine Zigarette". Abgesehen davon, dass dies politisch nicht mehr sehr korrekt sei, wolle dies aber zutreffend sagen, dass man, wenn die Zeit wirklich knapp sei, zuerst überlegen sollte, wohin man laufen wolle und von Anfang an in die richtige Richtung

gehen sollte. Wenn wir uns nun diese Zigarette bildlich gönnen und das vorhandene Zahlenmaterial sichten würden, so sei dem Gemeinderat darin zuzustimmen, dass wir ein Ertrags- und nicht mehr primär ein Aufwandproblem hätten. Auf der Ausgaben-seite würden sich die Früchte der sorgfältigen Politik des Gemeinderats in den vergangenen Jahren zeigen. Man wolle sich nicht gleich wieder zur Anbieterung versteigern, dass die Zitrone ausgepresst wäre; dies sei sie mit Sicherheit insbesondere bei der Anzahl Stellen nicht. Aber beim Sachaufwand müsse man den nicht gerade bescheidenen Ansprüchen von uns allen, welche wir an die Leistungen der Gemeinde stellen würden, Rechnung tragen; dafür würden wir uns auf der Ausgaben-seite achtbar schlagen. Auch dem fehlkonstruierten Finanzausgleich könne man für einmal nicht die Schuld geben – jedenfalls nicht allein –, insbesondere wenn man die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr anschau. Selbstredend würden wir hier keine 10 Minuten über die Rechnung sprechen, wenn sich der Finanzausgleich auf ein vernünftiges Mass plafonieren liesse, aber dies sei aktuell illusorisch.

Wo liege das Problem bei den Einnahmen? Es seien nicht die juristischen Personen, die uns Sorgen bereiten würden, dort würden sich die erklärbaren Sondereffekte und die naturgemäss grössere Fluktuation auswirken. Hingegen gebe der schmerzliche Rückgang beim Steueraufkommen der natürlichen Personen Anlass zur Sorge, und er lasse sich nicht so ohne weiteres erklären. Dieser Teil der Einnahmen stamme aus der Besteuerung von mittleren und oberen Einkommen bzw. Gewinnen von selbstständig Erwerbenden und andererseits aus der Besteuerung von Vermögenserträgen. Für die Vermögenserträge seien die letzten Jahre natürlich keine gute Zeit gewesen und es sei anzunehmen, dass die tiefen Zinsen bei der progressiven Einkommenssteuer Lücken aufreissen würden. Die stabilen Vermögenssteuererträge würden aber zeigen, dass die Substanz unverändert da sei. Abtretungen im Hinblick auf eine eidg. Erbschaftsteuer hin oder her; diese seien ohnehin meistens unter Nutzniessungsvorbehalt und damit für unser Steueraufkommen ohne Folgen. Bei den Einkommenssteuern sei das Problem mit einiger Sicherheit nicht an der Quelle zu suchen. Weder sei auf breiter Front ein Nachgeben der Kaderlöhne zu beobachten, noch gebe es in diesem Bereich eine zunehmende Arbeitslosigkeit. Hier müsse der Grund in den Abzügen liegen, wobei primär der Gebäudeunterhalt die für die Erklärung nötigen Dimensionen aufweise. Sanierungen – vorab auch energetische Sanierungen – könnten ohne weiteres dazu führen, dass Gebäudeeigentümer während zwei aufeinanderfolgenden Jahren keine oder jedenfalls deutlich geringere Steuern zahlen würden. Wenn dies die Ursache sein sollte, so werde sich die Situation wieder normalisieren, wenn die Sanierungswelle ihren Scheitelpunkt überschritten habe und schliesslich dürfte bei der einzelnen Liegenschaft das Thema dann wieder für 25 oder mehr Jahre vom Tisch sein.

Der Gemeinderat werde sich sicherlich an die vertiefte Analyse der Ausfallgründe machen, aber es sei auch wichtig, dass er das Parlament und die Bevölkerung in geeigneter Form an den Ergebnissen und Erkenntnissen werde teilhaben lassen. Bevor dies geschehen und in der nachfolgenden Bezugsperiode erwahrt sei, wäre es kontraproduktiv, irgendwelche Anpassungen ins Blaue hinaus vorzunehmen und zu beginnen, an irgendwelchen Schrauben zu drehen.

Bildlich gesprochen würden unsere Kühe nach wie vor alle brav im Stall stehen, hätten aber 10 % weniger Milch gegeben. Man dürfe nun nicht die Nerven verlieren; anstatt neue Kühe zu suchen oder die Melkmaschine zu frisieren, um aus den gleichen Eutern mehr herauszupressen, müsse man nach den Ursachen forschen und dann dazu schauen, dass es unserem lieben Vieh gut gehe, dass es sich wohl fühle und sich möglichst bald wieder erhole. Die SVP-Fraktion stimme den Anträgen des Gemeinderats zu diesem Traktandum zu.

Lisa Müller führt namens der SP-Fraktion aus, als Frau werde sie heute etwas länger sprechen als sonst. Die SP-Fraktion werde die Kröte schlucken und die Rechnung 2013 genehmigen, denn die Abnahme der Jahresrechnung sei eigentlich ein formaler Akt, nachdem Spezialistinnen und Spezialisten der Rechnungslegung die inhaltliche Prüfung längst vollzogen hätten und man ihnen auch Vertrauen schenken könne, dass sie ihre Arbeit gut gemacht hätten. Was der SP wichtig sei, sei nicht das Auseinandernehmen von einzelnen Positionen, sondern das Lernen aus der Analyse des Ist-Zustandes. Deshalb möchte sie auf drei Punkte hinweisen, und zwar auf das Vorgehen bei der Investitionsrechnung, die Lösung mit einer Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP und das Ertragsproblem.

1. Investitionsrechnung: Vor Jahresfrist hätten fast alle Fraktionen den niedrigen Realisierungsgrad von 44 % bei den Investitionen kritisiert. Die SP-Fraktion habe damals die Vermutung geäußert, dass dies ein strukturelles Problem sein könnte, weil die personellen Ressourcen auf der Bauverwaltung fehlen würden. Der Realisierungsgrad sei dieses Mal auf 54 % gestiegen, dies entspreche einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von ca. einem Viertel. Diese Entwicklung gehe in die richtige Richtung, aber am Ziel seien wir mit 54 % noch lange nicht. Von einem Ausrutscher könne nach 3-maliger Wiederholung auch nicht gesprochen werden. Verschobene Investitionen würden zur Altlast für die Folgeperiode. Ob sie wohl bald zur Altlast für die nächste Generation würden, weil wir das Problem weiter vor uns herschieben würden? Die Stellenprozente in der Bauverwaltung seien gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die gemeldete Vakanz von 1,9 Stellen bleibe ebenfalls unverändert. Wie Pläne bezüglich Investitionsvorhaben umgesetzt werden sollten, wenn Unterbesetzungen vorliegen würden? Diese Frage müsse man auch dieses Jahr wieder stellen.
2. Dass angesichts des schlechten Jahresabschlusses die Hoffnung auf die Überprüfung der Aufgaben und Strukturen gesetzt werde, könne nachvollzogen werden. Sie weise aber darauf hin, dass man auch realistisch bleiben sollte. Der durch die Gemeinde beeinflussbare Aufwand sei ein kleiner Teil der Gesamtrechnung. Natürlich mache Kleinvieh auch Mist; insofern lohne es sich sicher, nach Sparpotenzial zu suchen und dieses bei der Budgetierung zu berücksichtigen. Beim letzten Budget seien systematisch – aber unter allseitiger Betonung der Einmaligkeit – viele Aufwände drastisch gekürzt worden. Diese schmerzhaften Eingriffe könnten nicht zum Standard werden.
3. Korrekt analysiert und medienwirksam kommuniziert habe der Gemeinderat ein Ertragsproblem. Ein Minderertrag von fast 10 % bei den Steuererträgen – CHF 39,08 Mio. anstatt CHF 43,08 Mio., d.h. eine satte Differenz von ca. CHF 4 Mio. – könne aufwandseitig nie und nimmer durch einen bereits sparsam geführten Haushalt aufgefangen werden. Die Aufwandzahlen hätten dieses Jahr ca. CHF 1 Mio. unter dem Voranschlag und sogar leicht unter der Rechnung von 2012 gelegen. Dass der Gemeinderat das schlechte Resultat der Rechnung 2013 mit einem Ertragsproblem begründe, sei sehr gut nachvollziehbar. Auch eine über alle Massen toll gemachte Aufgaben- und Strukturüberprüfung werde das Ertragsproblem aber nicht wegzaubern können.

Die SP-Fraktion bitte deshalb den Gemeinderat, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Mit andern Worten: Die Aufgaben- und Strukturüberprüfung voranzutreiben, haushälterisch zu budgetieren, aber gleichzeitig intensiv nach Verbesserungsmöglichkeiten auf der Ertragsseite zu suchen.

Zur Botschaft

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Kapitelweise Detailberatung der Rechnung

Allgemeine Verwaltung, S. 11-13

Keine Bemerkungen

Öffentliche Sicherheit, S. 14-16

Keine Bemerkungen

Bildung, S. 17-19

Keine Bemerkungen

Kultur und Freizeit, S. 20-22

Keine Bemerkungen

Gesundheit, S. 23

Keine Bemerkungen

Soziale Wohlfahrt, S. 24-27

Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 28-29

Keine Bemerkungen

Umwelt und Raumordnung, S. 30-31

Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 32

Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 33-35

Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 36-41

Keine Bemerkungen

Bestandesrechnung, S. 42-47

Keine Bemerkungen

Finanzkennzahlen, S. 48-49

Keine Bemerkungen

Feuerwehr nach Produktgruppen, S. 50

Keine Bemerkungen

Eventualverpflichtungen, S. 51

Keine Bemerkungen

Tabelle Investitionen 2013 (Vergleich mit Plan)

Keine Bemerkungen

Nachkreditabelle 2013

Keine Bemerkungen

Sowohl Christian Spycher als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

1. Von den Nachkrediten in der Gesamthöhe von CHF 2'016'910.00 wird Kenntnis genommen.
2. Der Nachkredit für übrige Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 3'910.00 wird genehmigt.
3. Die Jahresrechnung 2013, die mit einem Aufwandüberschuss von CHF 5'634'734.28 abschliesst, wird genehmigt.

4 Verwaltungsvericht 2013 der Gemeinde Muri bei Bern

Christian Spycher führt aus, im Namen der GPK und aller Parteien des Parlaments verdanke er den Verwaltungsvericht 2013. Es stelle sich die Frage, wie umfangreich ein Verwaltungsvericht sein sollte. Er sei im Jahr 2013 auf 76 Seiten dargestellt. Der Verwaltungsvericht sei aus Sicht der GPK als sehr wertvoll einzustufen. Der Bericht diene der ständigen Hinterfragung und Überprüfung der Effizienz der geleisteten Arbeit der Verwaltung, aber auch dem Parlament, um die behandelten und noch hängigen Vorstösse gesamthaft zu überblicken. Die Veränderung der Leistungsbeurteilung des Personals von 2012 zu 2013 (S. 35) habe die GPK diskutiert und festgestellt, dass das System veraltet sei. Im Rahmen der ASP oder in einem separaten Projekt ein neues System einzuführen, erachte die GPK als sinnvoll. Ein spezieller Dank gebühre den Verfassern für die geleistete Arbeit. Dieser Dank solle aber auch den stillen und fleissigen Verwaltungsangestellten zukommen. Die GPK empfehle, den Verwaltungsvericht zu genehmigen und die Motionen als erfüllt abzuschreiben.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, jedes Jahr stelle sich der Gemeinderat die Frage, wie umfangreich der Verwaltungsvericht, der dem Parlament zur Rechenschaft vorgelegt werde, sein sollte. Quervergleiche mit anderen Gemeinden von vergleichbarer Grösse seien schwierig, da die Informationsbedürfnisse verschieden seien. Auch hätten ähnliche Gemeinden wie z.B. Ittigen kein Parlament. Wie dem auch sei, unsere Verwaltung und der Gemeinderat seien gewillt, dem Parlament und der Öffentlichkeit ein umfassendes Bild ihrer Tätigkeiten vorzulegen. Dabei sei man sich bewusst, dass mit neuen Gemeinderäten und neuen Abteilungs- und Bereichsleitern der Kommunikationsbedarf unterschiedlich gewichtet werde, was sich dann im Bericht niederschlage oder "neudeutsch" gesagt: Die Stringenz sei noch nicht überall eingehalten. Man sei gespannt, wie sich das in der Gemeinde nunmehr gestartete Kommunikationskonzept auf den Bericht 2014 auswirken werde.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, weitere Wortmeldungen allgemeiner Natur, anschliessend kapitelweise Beratung.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen allgemeiner Natur verlangt.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde, Seiten 6-7

Keine Bemerkungen

Grosser Gemeinderat, Seiten 8-20

Keine Bemerkungen

Gemeinderat, Seiten 21-27

Keine Bemerkungen

Präsidiales, Finanzen, Planung, Region, Seiten 29-37

Keine Bemerkungen

Bau, Seiten 38-41

Keine Bemerkungen

Sicherheit, Verkehr, Seiten 42-49

Keine Bemerkungen

Bildung, Seiten 50-53

Keine Bemerkungen

Jugend, Kultur, Sport, Seiten 54-60

Keine Bemerkungen

Gesundheit, Soziales, Seiten 61-69

Keine Bemerkungen

Umweltschutz, Seiten 70-76

Keine Bemerkungen

Sowohl Christian Spycher als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

1. Der Verwaltungsbericht 2013 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.
2. Die Motionen gemäss Kapitel 28.0 (Postulate: keine) werden als erfüllt abgeschrieben.

5 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2013; Abrechnung

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er wolle noch 2, 3 Hinweise bezüglich dieser Abrechnung anbringen. Zur Auflistung Seite 2:

- Position 7: Hier liege ein Rechnungsfehler vor: In der Spalte Differenz wäre der richtige Betrag CHF 95'526.00.
- Position 2: Der Gemeinderat habe im Jahr 2012 einen Kredit von CHF 110'000.00 bewilligt. Es seien dann die Untergrundarbeiten ausgeführt und im Jahr 2012 verrechnet worden. Im Jahr 2013 sei noch der Rest, nämlich der Deckbelag, gemacht worden. Die Gesamtkosten dieses Werks hätten sich auf rund CHF 80'000.00 belaufen.

- Position 5: Die CHF 60'000.00 habe man nicht gebraucht, da es neu einen Objektkredit gegeben habe. Zusammen mit den Gemeindebetrieben habe man die Strasse saniert und den Kostenteiler – wie mit den gbm üblich – via diesen Objektkredit geregelt.
- Position 6: Der Gemeinderat habe dieses Geschäft nicht bewilligt und zurückgestellt. Der Gehweg Tannental werde vermutlich später noch einmal ein Thema werden.

Bei weiteren Fragen stehe er selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

Die Abrechnung über den Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahr 2013 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 600'000.00 mit CHF 595'492.80 ab (Kreditunterschreitung von CHF 4'507.20).

6 Wiesenstrasse 35 + 35 A; Sanierung nach BEakom

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Thomas Hanke führt namens der entschuldigten Barbara Künzi als gemeinderätlicher Sprecher aus, er müsse sich auf die Ausführungen von Barbara Künzi abstützen, die sie in der GPK gemacht habe. Der erste Satz dort habe gelautet, alles Wichtige stehe in der Botschaft; dies wiederhole er gerne. Er habe eine einzige Ergänzung zur Frage anzubringen, ob es sich hier um ein Objekt handle, welches man im Portefeuille behalten sollte oder nicht. Es handle sich um eine Liegenschaft des Finanzvermögens, der jährliche Aufwand liege bei rund CHF 15'000.00 und der Ertrag bei rund CHF 120'000.00. Es würde sich also um Tafelsilber handeln, welches man zum Verkauf bringen würde. Die Mieter seien im Übrigen sehr zufrieden, man habe sehr wenig Mieterwechsel; dies sei ebenfalls ein gutes Zeichen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Elisabeth Mallepell erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, die Liegenschaft Wiesenstrasse 35 + 35 A solle nachhaltig saniert werden. Der Gemeinderat habe 2010 mit der Unterzeichnung des Berner Energieabkommens eine klare Zusage für die nachhaltige Energienutzung abgegeben. In der Zwischenzeit seien schon verschiedene Massnahmen mit Erfolg umgesetzt worden. Die Gemeinde lebe auch bei dieser Liegenschaft das kommunale Energieleitbild Muri bei Bern. Bei der Liegenschaft an der Wiesenstrasse sollten die Wärmedämmung und die Windschutzverglasung verbessert und eine energieeffiziente Heizung eingesetzt werden. Mit diesen Massnahmen könnten bis zu 50 % des jährlichen Energieverbrauchs eingespart werden. Voraussichtlich könnten sogar von Bund und Kanton Fördergelder von rund CHF 50'000.00 geltend gemacht werden. Der Antrag zur nachhaltigen Sanierung der Liegenschaft zeige, dass der Begriff "Energistadt" gelebt und nicht nur nach einem Label gestrebt werde. Die FDP/jf-Fraktion werde dem Antrag des Gemeinderats für den Kredit zustimmen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

Für die Sanierung des Mehrfamilienhauses an der Wiesenstrasse 35 + 35A wird ein Kredit von CHF 340'000.00 gesprochen.

7 Bahnhofstrasse; Sanierung

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, wer schon einmal auf diesem Strassenabschnitt (Worbstrasse bis zum Bahnübergang Richtung Schulhausstrasse) gefahren sei, wisse, dass dieses Strassenstück alles andere als optimal sei. Dies hänge mit verschiedenen Sachen zusammen. Auf der einen Seite sei der Untergrund teilweise sehr schlecht, auf der andern Seite seien schwierige Massnahmen im Zusammenhang mit der Verlegung der gbm-Leitungen nötig gewesen, was dazu geführt habe, dass diese Strasse nochmals in einen schlechteren Zustand geraten sei. Schon seit längerer Zeit habe man die Planung vorangetrieben, zusammen mit dem Büro Weber + Brönnimann, welches auch die Schulhausstrasse, aber auch für die gbm das Einlegen der Leitungen geplant habe. Man sei zum Schluss gekommen, eine individuelle Sanierung dieses Strassenstücks vorzunehmen, d.h., dass nicht alles weggerissen und eine komplett neue Strasse erstellt werde, sondern dass nur die zwingend nötigen Massnahmen ergriffen würden. Am Schluss – dies garantiere der Ingenieur – sollte die Strasse wieder absolut "top" sein und wenn der Deckbelag eingebaut sei, sollte wieder eine ordentliche und gefällige Strasse vorhanden sein. Dies sei nicht zuletzt auch wichtig, da im Rahmen des Bahnhofplatzes ein gestalterisches Element vorliege. Wenn der Bahnhof fertig saniert sei, sollte die anschliessend folgende Strasse nicht ein "Trümmerweg" sein, sondern sauber dastehen, so wie jetzt schon die Schulhausstrasse. Er weise bezüglich Bahnhofplatz darauf hin, dass vom 21. bis 25. Juli 2014 der Umzug vom alten ins neue Bahnhofgebäude und am 26. Juli 2014 ein Eröffnungsfest stattfinden würden. Die Strasse werde wohl bis dahin nicht saniert sein. Es gehe auch noch darum, den alten Bahnhof zurückzubauen. Dabei würden wohl eher 40t- als 28t-Lastwagen eingesetzt und man wolle nicht eine neue Strasse anschliessend wieder sanieren, weshalb zugewartet werde, bis alle Bauten erstellt bzw. zurückgebaut seien. Er bitte den Rat, dem beantragten Kredit zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

1. Die vorgeschlagene Sanierung wird gutgeheissen.
2. Zur Finanzierung des Vorhabens wird ein Objektkredit in der Höhe von netto CHF 270'000.00 (inkl. MWST) gesprochen.

8 Fraktionsübergreifende Motion: Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern-Wankdorf-Muri; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum und verweist auf die den Ratsmitgliedern mit heutigem Mail zugestellten Unterlagen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur fraktionsübergreifenden Motion: Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern-Wankdorf - Muri wird Kenntnis genommen.

9 Postulat Hässig (SP) betr. Energiestadt-Label; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, sie habe zum vorliegenden Geschäft nicht viele Ausführungen zu machen. Die "Perle" Elisabeth Mallepell habe ihr Votum schon vorweggenommen. Dem Gemeinderat sei es wirklich sehr wichtig, das BEakom II nun vorwärts zu treiben und man komme recht gut voran. Gerade eben sei der Energie-Richtplan in der Mitwirkung gewesen und habe erwartungsgemäss eine gute Akzeptanz gefunden. Man sei nun daran, alle Anregungen, welche in diesem Rahmen gemacht worden seien, aufzunehmen; dann werde der Richtplan noch einmal in den Gemeinderat gebracht. Anschliessend erfolge die Vorprüfung durch den Kanton. Was sie besonders stolz mache sei, dass wir voraussichtlich in Sachen Verabschiedung Energie-Richtplan sogar Köniz überholen würden, also die Gemeinde, die eine absolute Vorreiterrolle in allen Energiebereichen habe. Sie würde es doch noch schön finden, wenn uns dies gelingen würde; man sei auf gutem Weg.

Beat Schneider (SP) führt aus, die SP danke dem Gemeinderat für den vorliegenden Zwischenbericht. Er fasse sehr umfangreich die Ergebnisse und Aktivitäten der Gemeinde Muri im Kontext des BEakom zusammen. Aus Sicht der SP sei es auch sinnvoll, darüber zu berichten, was schon alles gemacht worden sei und damit das Bewusstsein der Bevölkerung für Energiethemen weiter zu fördern. Die SP stehe hinter dem in der Botschaft erwähnten Mobilitätsmanagement. Er fahre täglich mit dem Fahrrad durch das Seidenberggässchen und finde die wilde Parkiererei vor dem Schulhaus oft seltsam. Er sei gespannt, welche Lösung sich in dieser Frage ergeben werde. Insgesamt sei es erfreulich zu lesen, dass der Gemeinderat die Anliegen des BEakom einhalten und vorantreiben wolle. Das Thema Zertifikat sei auch schon erwähnt worden. Wenn man sich das Ziel setze, sich zertifizieren zu lassen, so setze dies einen Wandel in Gang. Die Resultate dieses Wandels – wie Energie-Richtplan, Energiebuchhaltung, GEAK's, energetische Sanierungen der Liegenschaften (wie heute schon unter Traktandum 6 gesehen), Mobilitätsmanagement usw. – seien durchaus erstrebenswert. Mit dem Zertifikat allein könne man sich zwar nichts kaufen, aber dass ein Ziel vorhanden sei und dass man weiterhin danach strebe, in Energiefragen eine Vorzeigegemeinde zu werden, sei aus Sicht der SP wichtig und sinnvoll. Einzig beim Satz: "Die Frage der Zertifizierung (Label Energiestadt), die mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden ist, wird später geprüft" habe er sich gefragt, was dies bedeute und was in diesem Fall "später" heisse.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Daniela Pedinelli nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Hässig (SP) betr. Energiestadt-Label wird Kenntnis genommen.

10 **Motion Brügger (SP) betr. "Planungszone für Mobilfunkantennen"**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, der Gemeinderat habe sich Mühe gegeben, in seiner Antwort klar zu definieren, dass ihm Mobilfunkantennen nicht egal seien, aber in diesem Kontext – flächendeckend eine Planungszone zu erlassen – sei die Motion rechtlich nicht durchsetzbar. Wenn man die Unterlagen anschaut, die auf der gemeindeeigenen Homepage unter "Bauverwaltung / Ortsplanungsstrategie 2013+" abrufbar seien, sehe man, dass das Geschäft Mobilfunkantennen angegangen werde. Man wolle so rasch als möglich eine Mitwirkung eröffnen zu diesem Thema. Dies habe den Gemeinderat bewogen, dem Grossen Gemeinderat die Ablehnung der zu umfassenden Motion, die rechtlich nicht durchsetzbar sei, zu beantragen.

Beat Wegmüller (SP) führt an Stelle des entschuldigenden Yong Brügger aus, er müsse aus formellen Gründen vorab einen Ordnungsantrag stellen. Die SP wolle den Motionstext abändern, aber gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats könne dies nur der Erstunterzeichnende. Er **beantrage** deshalb, dass er an Stelle von Yong Brügger den Motionstext abändern könne; den Text werde er nachher bekanntgeben. Ansonsten müsste man die Behandlung der Motion auf eine spätere Ratssitzung verschieben.

Markus Bärtschi (SVP) erklärt, dies könne sinnvoll sein oder nicht, aber dafür müsste man den Wortlaut der Änderung kennen. Er beantrage, dass der Rat den Wortlaut erfahre, bevor er darüber abstimme; ansonsten würde er den Antrag ablehnen.

Beat Schmitter (FDP) schliesst sich dem Votum von Markus Bärtschi an. Dazu komme, dass man sicher neue Überlegungen anstellen müsste, wenn der Rat nun einer Abänderung zustimme. Hier einen Schnellschuss abzufeuern – mit irgendeiner Änderung, die für alle neu sei und bei einem so heiklen Geschäft – sei nicht sinnvoll. Er schlage vor, das Geschäft zurückzustellen. Dann habe man eine neue Ausgangslage und der Gemeinderat und der Grosse Gemeinderat könnten diese seriös anschauen. Nun einen Hüftschuss abzufeuern, sei sicherlich eine schlechte Ausgangslage.

Abstimmung über den Antrag von Beat Wegmüller (SP)

Beat Wegmüller beantragt, ihn zu ermächtigen, an Stelle des Erstunterzeichnenden, Yong Brügger, den Motionstext abzuändern.

Beschluss

Der Antrag wird mit 8 Ja- und 24 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Auf Frage des Vorsitzenden erklärt Beat Schmitter (FDP), er ziehe seinen Antrag im Moment zurück.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er gehe davon aus, dass man nun nach dem Vorschlag von Markus Bärtschi vorgehe, dass er nämlich seinen "Speak" halte, den Abänderungstext darlege und der Rat dann darüber entscheide.

Markus Bärtschi (SVP) führt aus, die Abänderung sei soeben abgelehnt worden, es würde sich um ein Rückkommen handeln.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, in diesem Fall müsse er auch nichts mehr sagen.

Der Vorsitzende führt aus, es folge nun die Beratung des Geschäfts und er schlage das übliche Vorgehen vor: Zuerst Fraktionserklärungen, dann weitere Wortmeldungen.

Jürg Stettler führt namens der forum-Fraktion aus, niemand wohne gerne neben der Autobahn; diese verursache Lärm, es "stinke" und mache krank. Niemand wohne gerne neben einer Handy-Antenne; sie "stinke" nicht, lärme nicht, mache aber auch krank. Trotzdem würden wir gerne Auto fahren und auch gerne mit unserem Handy irgendwo auf der Welt telefonieren, chatten oder was auch immer. Handy-Antennen würden krank machen, dies sei eine breite Meinung in der Bevölkerung, wie gerade in der Sonntagszeitung zu lesen gewesen sei. Der Widerstand gegen derartige Antennen wachse. Vielleicht sei es ein wenig vergleichbar mit dem Rauchen. Bei den Handy-Antennen und der Langzeitstudie sei das Problem, dass 15 Jahre nicht wirklich eine lange Zeit seien; man könne noch nicht nachweisen, dass die Antennen wirklich schädlich seien. Der Nationalfondsstudie sei zu entnehmen gewesen, dass sich das Hirn verändert habe, die Schäden aber noch nicht nachgewiesen seien. Rauchen habe früher auch nicht als schädlich gegolten; heute sei man etwas schlauer. Es habe sogar eine Zeit gegeben, als bei den Velorennen die Velofahrer vor dem Start noch eine Zigarette geraucht hätten, da sie das Gefühl gehabt hätten, das Lungenvolumen werde grösser. Heute würde niemand mehr so etwas glauben. Wer könne heute garantieren, dass die Handy-Antennen unschädlich seien? Niemand. Es liege ein ganz heikles Thema vor und für das forum sei wichtig, dass sich der Gemeinderat im Rahmen der OPR 2 im Herbst dieses Jahres – September, Oktober, November; er wäre froh, wenn er das Datum erfahren könnte – mit dieser Thematik wirklich ernsthaft auseinandersetze. Es sei ein heikles Thema, das – wie Beat Schmitter schon gesagt habe – die Bevölkerung wirklich sehr stark beschäftige. Das forum erwarte also vom Gemeinderat im Herbst eine griffige Lösung zu dieser wirklich heiklen Thematik.

Daniel Arn erklärt, die FDP/jf-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung der Motion "Planungszone für Mobilfunkantennen". Die Ablehnung basiere auf der Tatsache, dass die eingereichte Motion – wie schon erwähnt – gar nicht zu realisieren wäre. Daher mache es auch keinen Sinn, auf dieser Schiene weiterzufahren. Wir würden auch alle fordern, dass z.B. Volksinitiativen nur weitergereicht werden dürften, wenn sie auch zu realisieren seien. Was gut töne, müsse noch lange nicht gut sein. Die FDP/jf-Fraktion sei aber ganz klar für eine Diskussion über die zukünftige Bewilligung von Mobilfunkantennen, und zwar im Rahmen des Ortsplanungspakets, das dem Grossen Gemeinderat im Laufe des Jahres unterbreitet werde. Noch einmal: Die FDP/jf-Fraktion sei ganz klar nicht für Handy-Antennen auf jedem Dach, aber gegen eine Motion, die sachlich nicht durchsetzbar sei.

Ruth Raaflaub (FDP) führt aus, sie wolle das von Jürg Stettler Gesagte noch etwas verstärken. Der Gemeinderat habe im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine vernünftige Lösung bezüglich Natelantennenstandorten verfasst und habe diese der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Leider seien die Ortsplanungsrevisionen aus verschiedenen Gründen abgelehnt worden, aber damit auch der Vorschlag für eine Baureglementsänderung. Es sei jetzt wichtig, dass der Gemeinderat ohne Druck diese Linie verfolge und die Gemeinde als Ganzes zur Planungszone Mobilfunkantennen deklariere. So wäre für die Zeit der Planung sichergestellt, dass keine Natelantennen bewilligt würden, denn sie gehe nicht davon aus, dass der Regierungsstatthalter während dieser Planungszeit Natelantennenstandorte bewilligen würde. Grundsätzlich sei im nationalen Forschungsprojekt 57 bezüglich der Schädlichkeit von Natelantennenstrahlen nicht klar definiert worden, ob die nachgewiesenen Effekte im Gehirn und in den Zellen für die Gesundheit eines Lebewesens

von Bedeutung seien. Ein sofortiges Handeln seitens der Behörden erscheine nicht notwendig, das heisse für sie, dass für bestehende Antennen kein Handlungsbedarf bestehe. Ob aber neue, stärker strahlende Antennen unbedenklich aufgestellt werden könnten, stehe nirgends im Bericht. Es sei nicht nötig, dass alles Mögliche im technischen Bereich auf Kosten der Gesundheit umgesetzt werde. Ursprünglich sei das Handy zum mobilen Telefonieren erfunden worden, nicht für das Bestellen und Bezahlen von Konzertkarten oder zum Surfen im Internet. Alle Neuerungen würden mehr Leistung brauchen, also stärkere, umweltbelastende Antennen. Es wäre wünschenswert, wenn nicht jeder Telefonanbieter sein eigenes Netz ausbauen würde, sondern dass dies unter den Anbietern koordiniert würde. Aber dafür gebe es in dieser Branche zu viele Gewinnmöglichkeiten, an welchen sich jede Telekommunikationsfirma bereichern wolle. Der Gemeinderat könnte mit einer umsichtigen Planung und dem Vorlegen einer vernünftigen Lösung einen Antennenwildwuchs in unserer Gemeinde verhindern.

Wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibe, sei es richtig, dass das Antennenmoratorium, wonach während 10 Jahren keine neuen Antennen auf gemeindeeigenen Gebäuden gebaut werden durften, demnächst auslaufe. Was aber nicht erwähnt werde sei, dass mit der mit einem Stimmenanteil von 57 % angenommenen Initiative dem Gemeinderat die Kompetenz entzogen worden sei, selber über die Natelantennenstandorte auf gemeindeeigenen Gebäuden zu entscheiden. Er könne zwar Vorschläge machen, was im Rahmen einer Zonenplanung sicher auch überprüfenswert sei; diese müssten aber dem Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt werden. Es wäre also jetzt an der Zeit, durch eine umsichtige Planung in unserer Gemeinde und durch Absprachen mit den Anbietern eine vernünftige, erträgliche Lösung zu suchen. Das oberste Ziel bei jeder Planung sollte sein, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Man müsse nicht alles technisch Machbare umsetzen. Bis heute habe noch niemand beweisen können, dass Natelantennenstrahlen für den menschlichen Organismus unschädlich seien. Deshalb würden Gemeindebehörden, welche mit der Gesundheit der Bevölkerung sorgsam umgehen würden, ein positives Signal für den Standortvorteil einer Gemeinde setzen. Nochmals zur Erinnerung: Vor 10 Jahren hätten 57 % unserer Bevölkerung die Natelantenneninitiative angenommen. Die vielen Unterschriften gegen den neuen Natelantennenstandort an der Thunstrasse würden zeigen, dass sich die kritischen Stimmen und die Verunsicherung in unserer Bevölkerung nicht geändert hätten und dass sie ernst zu nehmen seien.

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Beat Wegmüller (SP) erklärt als Vertreter von Yong Brügger, er wolle nun doch noch etwas sagen, auch wenn man fast denken könnte, es handle sich vorliegend um eine Motion Raaflaub; sie habe sich vehement zur Thematik geäussert. Zum allgemeinen Thema Natelantennen wolle er nichts sagen. Es sei schon auf den Beitrag in der letzten Sonntagszeitung mit dem Titel "Aufstand im Antennenwald" hingewiesen worden. Die Gemeinde Muri habe am 5. August 2013 beschlossen, der kantonalen Vereinbarung über die Standortevaluation und -koordination von Natelantennen beizutreten. Es sei stossend, dass beim Standort Thunstrasse 158 die Koordination und Evaluation aus zeitlichen Gründen scheinbar nie habe erfolgen können. Im Umkreis von 400 m habe es zwei Natelantennenstandorte. 390 m betrage die Distanz zur Antenne an der Lückhalde und 290 m zum Standort an der Thunstrasse 188. Wie Ruth Raaflaub gesagt habe, sollte man dies doch koordinieren und gemeinsame Standorte machen; genau dies sei hier nicht passiert. Mit der Schaffung einer Planungszone hätte dies nachgeholt werden können. Es sei ganz klar, dass eine generelle Planungszone über das ganze Gemeindegebiet nicht möglich sei. Immerhin müsse darauf hingewiesen werden, dass es sich nur um eine Planungszone für Natelantennen handle. In der Regel würden Planungszone Zonenvorschriften,

Gebäudeabstände usw. betreffen und es sei klar, dass man dies nicht über die ganze Gemeinde machen könne. Im Leitfaden Mobilfunk sei im Übrigen ausdrücklich festgehalten, dass man Planungszonen machen könne. Er sage dem Rat nun trotzdem noch den Wortlaut seines Abänderungsantrags, auch wenn er ihn nicht habe hören wollen: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, im Perimeter der Thunstrasse 158 in Muri eine Planungszone für Mobilfunkantennen zu erlassen. Das laufende Baubewilligungsverfahren ist zu sistieren"*. Mit andern Worten hätte man den Perimeter eben nur auf diesen Standort gelegt, damit die Standortkoordination hätte durchgeführt werden können. Scheinbar wolle der Rat dies nicht, weshalb der alte Motionstext erhalten bleibe.

Beschluss (8 Ja / 23 Nein / 4 Enthaltungen)

Die Überweisung der Motion Brügger (SP) betreffend "Planungszone für Mobilfunkantennen" wird abgelehnt.

11 Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betr. "ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderates"

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Hannes Treier (FDP) führt aus, in Vertretung der Motionäre danke er dem Gemeinderat für den Antrag auf Überweisung der Motion. Die Motionäre würden den zweckmässigen Einbezug des Parlaments bereits bei der Entwicklung möglicher Massnahmen und Optimierungen als sehr wichtig erachten. Der Einbezug fördere die Akzeptanz bei den Fraktionen und den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats. Zudem unterstütze er den Gemeinderat bei der Durchsetzung von allfälligen Optimierungen in der Verwaltung. Dies aus der Überlegung, dass die Massnahmen offensichtlich auch vom Parlament getragen würden. Nachdem die ASP im Oktober 2013 angekündigt worden sei, sei – zumindest aus Sicht eines gemeinen GGR-Mitgliedes – praktisch nicht wahrnehmbar, was effektiv schon geschehen sei. Im Bewusstsein, dass das Budget für das kommende Jahr üblicherweise im Oktober beraten werde, sei in Sachen ASP wohl ein ganz intensiver Sommer und Frühherbst zu erwarten, vor allem für die involvierten Projektbeteiligten. In diesem Sinn danke er namens der Motionäre für die Überweisung der Motion.

Walter Thut erklärt, die forum-Fraktion unterstütze die Absicht des Gemeinderats, Optimierungs- und Einsparungsmöglichkeiten mittels einer Aufgaben- und Strukturüberprüfung zu suchen. Sie bitte in der Motion – zusammen mit anderen Fraktionen – um aktive und frühe Einbindung des GGR in diesen Prozess. Früh heisse in diesem Fall möglichst bald und nicht erst dann, wenn die Budgetdebatte bereits laufe. Aktiv heisse, dass der GGR vom Gemeinderat gerne spüren und hören würde, dass er bei den Diskussionen erwünscht sei. Wenn man die grundsätzlichen Haltungen früh erkennen wolle, müsse man diese auch kundtun können, was wiederum dem Prozess diene, gemeinsame Lösungen zu finden. Als Beispiel dafür, wo es nicht so gut gelaufen sei, sehe das forum die Diskussion um das Lehrschwimmbecken Melchenbühl. Diesbezüglich habe man auch vor den Bürgerinnen und Bürgern keine gute Figur gemacht und so sollte man es eigentlich nicht machen. Kontakte miteinander und der Austausch untereinander würden der Beschleunigung der politischen Arbeit dienen und die Resultate seien vermutlich auch besser. Es seien heute Abend hoffnungsvolle Worte des Gemeindepräsidenten zu dieser Sache zu hören gewesen. Vielleicht würden die Motionäre ja gar offene Türen einrennen,

was sicher im Sinn der Sache wäre. Er bedanke sich für den Antrag auf Überweisung der Motion.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

Die Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betreffend "ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderats" wird überwiesen.

12 **Motion Wegmüller (SP) betr. Einführung einer flächendeckenden Parkplatzbewirtschaftung in Muri-Gümligen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) führt aus, hier könnte er jetzt den Motionstext abändern, verzichte aber darauf. Es sei ihm bewusst, dass eine Parkplatzbewirtschaftung über das gesamte Gemeindegebiet einen gewissen Arbeitsaufwand bedeuten würde, vor allem für die Verwaltung. Eine Parkplatzbewirtschaftung bedeute aber auch bessere Wohn- und Lebensqualität, wie dies auf der Homepage der Gemeinde stehe. Es sei doch interessant, dass die Nachbargemeinden Ostermundigen (schon seit langer Zeit) und Belp eine generelle Parkplatzbewirtschaftung über das ganze Gemeindegebiet kennen würden. Er wisse allerdings, dass dies in Ostermundigen seinerzeit auch nicht so schmerzlos möglich geworden sei, da sogar die Feuerwehr in das Parkplatzregime einbezogen worden sei. Vielleicht wäre es aber auch gut, wenn der Gemeinderat über die Gemeindegrenzen hinausschauen würde. Er habe in seinem Motionstext dem Gemeinderat nicht gesagt, wie er die Motion umsetzen solle. Sonst gehe es wie beim Parkplatz Wehrliu, wo sich der Gemeinderat vehement gewehrt habe, das Parlament habe zu konkreten Massnahmen (Gebühren, Barriere) nichts zu sagen. Mit ein wenig Phantasie könnte der Gemeinderat verschiedene, differenzierte und massgeschneiderte Massnahmen im Rahmen dieser Motion umsetzen. Es müsse ja nicht heissen, dass die Parkplatzbewirtschaftung über 24 Stunden dauern müsse. Es könnte ja auch sein, dass man sage, sie finde nur von 06.00 bis 18.00 Uhr statt, wenn der spezielle Verkehr herrsche. Er hätte vom Gemeinderat erwartet, dass er etwas mehr Phantasie einsetze. Er glaube nicht, dass die Strategie des Gemeinderats bei der Parkplatzbewirtschaftung längerfristig zielführend sei. Zum Beispiel wäre in der Mettlen während der Sommerzeit bis in den Herbst ebenfalls eine Parkplatzbewirtschaftung angezeigt, beispielsweise im Bereich der Bushaltestelle Elfenau von Bernmobil; er habe schon Leute gesehen, die dazu in der Mettlen parkiert hätten. Auch im Bereich der Schulanlagen wäre – wie schon zu hören gewesen sei – eine Parkplatzbewirtschaftung angezeigt. Dem Zwischenbericht zum Postulat Hässig betr. Energiestadt-Label habe er entnehmen können, dass der Gemeinderat am 17. März 2014 einen Grundsatzentscheid betreffend Mobilitätsmanagement getroffen habe. In der Antwort auf seine Motion sei dies mit keinem Wort erwähnt. Der Rat könne dieser Motion gut zustimmen, der Gemeinderat mache sowieso, was er wolle, und er sei frei, mit welcher Phantasie er die Motion umsetzen wolle.

Christian Staub erklärt zur Aussage von Beat Wegmüller, wonach der Gemeinderat ohnehin mache was er wolle, dies könne er nicht und mache er auch nicht. Er versuche, eine möglichst ausgewogene Lösung zu finden, denn es treffe immer irgendjemanden und dies seien dann meistens diejenigen, die Reaktionen zeigen würden. Eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung wäre für ihn ganz klar ein Giessenkannenprinzip, wo überall dasselbe gemacht werde, obschon es gar nicht überall

nötig wäre. Dort, wo man es machen müsse, sei es gemacht worden, nämlich bei den exponierten Stellen, die heute schon bewirtschaftet würden; dort wo die ÖV-Anbindungen seien. Wenn jemand in der Mettlen das Auto parkiere und hinunter zum Elfenaubus laufe, so tue ihm dies gut, denn er laufe ca. 1/4 Stunde. Bezüglich der anderen Standorte – bei welchen in der Botschaft aufgeführt sei, weshalb sie nicht bewirtschaftet würden – gelte es zu bedenken, dass alle Anwohnenden davon tangiert wären. Sie wollten dies nicht, dies wisse er aus erhaltenen Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern aus der Gemeinde. Dort brauche es dies nicht und deshalb mache man es auch nicht. Man mache nicht etwas, was nicht zwingend nötig sei. Wenn es darum gehe, gewisse Überlegungen bezüglich Tarifen etc. zu machen, so werde die Frage der Bewirtschaftung in Form von Frankenbeträgen im Rahmen der ASP nochmals geprüft. Die Aufwendungen der Verwaltung in diesem Zusammenhang seien heute relativ bescheiden, die Organisation und die Abläufe seien sehr einfach. Bei einer flächendeckenden Bewirtschaftung würde es sicher eine zusätzliche 100 %-Stelle brauchen, um dies seriös zu machen. Wenn man etwas nicht seriös machen könne, so lasse man es besser bleiben.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er möchte Christian Staub fragen, ob im Bereich Schulanlage am Seidenberggässchen etwas geplant sei. Er habe andere Reaktionen aus dem Melchenbühl erhalten, wo Leute ihre Autos zum Teil während 24 Stunden auf Parkplätzen abgestellt hätten. Rund um das Schulhaus Melchenbühl sei dies relativ weit verbreitet; dort wäre eine Erweiterung notwendig. Er möchte auch bitten, zur Frage der Schulanlagen Stellung zu nehmen und namentlich zur Situation im Melchenbühl.

Christian Staub führt aus, die Bewirtschaftung der Parkplätze in der Verwaltung – im Gemeindehaus – bestehe seit längerer Zeit, d.h. die Mitarbeitenden würden für ihre Parkplätze bezahlen. Nichts bezahlen müssten bis heute die Lehrer bei den Schulanlagen. Im Rahmen der ASP werde dies einer der ersten Punkte sein, die aufgenommen und nochmals genau angeschaut würden. Was damit ausgelöst werde, wisse man; es werde einen riesigen Aufschrei geben, dem man sich aber stellen werde. Bezüglich des langen Parkierens von Dritten rege er an, sich zu informieren, die Nummern aufzuschreiben und dies zu melden, sei es bei der Verwaltung oder bei der Polizei. Er ersuche den Rat, die Überweisung der Motion abzulehnen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (8 Ja / 24 Nein / 3 Enthaltungen)

Die Überweisung der Motion Wegmüller (SP) betr. Einführung einer flächendeckenden Parkplatzbewirtschaftung in Muri-Gümligen wird abgelehnt.

13 **Motion Racine (SP): Transparente Gemeinderatsentschädigungen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, zum eigentlichen Geschäft verweise er vollumfänglich auf die vorliegende Botschaft. Er habe noch eine Ergänzung zur Arbeitsplatzbewertung anzubringen, die er auch unter "Informationen" hätte machen können, sie passe aber auch in diesem Kontext. Was man aus der Arbeitsplatzbewertung erfahre, habe Einfluss auf die nächste Teilrevision des Personalreglements. Eine Bauernregel im Kanton Bern sage, wenn das Personal einer Gemeindeverwaltung 1 % der Bevölkerung ausmache, handle es sich um eine schlanke Verwaltung. Muri habe rund 120 Vollzeitstellen bei einer Bevölkerungszahl von 12'765, verfüge also über eine schlanke Verwaltung und diesbezüglich bestehe

kein Handlungsbedarf. Mit der Arbeitsplatzbewertung wolle man klären lassen, ob die Pflichtenhefte und die Arbeitspensen der Mitarbeitenden übereinstimmen würden, noch kongruent seien. Ob es stimme, dass es Bereiche in der Verwaltung gebe, die noch "Luft" oder zu wenig "Luft" hätten? Welchen Qualitätslevel wir punkto Dienstleistung erreichen wollten? Welche Tiefe der Dienstleistungen wir anbieten wollten? 10 Lohnklassen wie bis anhin seien nicht mehr zeitgerecht, man wolle eine andere Lohnklassen-Regelung; nicht gerade so viele wie Bund oder Kanton, aber eine andere Lösung müssten wir haben. Sein Vorgänger habe schon immer gesagt, das Qualifikationssystem müsse überarbeitet werden; dies sei noch nicht geschehen. Letztlich wolle man auch wissen, wie unsere Vergütungen im regionalen Vergleich aussehen würden. All diese Antworten würden dann in die nächste Teilrevision des Personalreglements einfließen. Die Anträge von Raphael Racine seien schriftlich beantwortet worden.

Raphael Racine (SP) führt aus, er finde es recht erstaunlich, wie schwer sich der Gemeinderat mit dem einfachen Prinzip der Transparenz tue. Schlussendlich habe es eine Motion von seiner Seite gebraucht, damit die Saläre der Exekutive offen gelegt worden seien. Bei anderen vergleichbaren Gemeinden habe ein einfaches Mail an die Verwaltung genügt und er habe sofort die Saläre der Gemeinderäte und des Gemeindepräsidiums gewusst. Die Entschädigungen in Muri würden im ersten Drittel des ersten Drittels des Benchmarks liegen, wie ein Vergleich mit anderen etwa gleich grossen Gemeinden zeige. Was ihn aber noch mehr erstaune sei, dass die Entschädigungen aus Verwaltungsratsmandaten – die Delegationen erfolgten ja von Amtes wegen – ebenfalls intransparent und geheim bleiben sollten. Er rufe in Erinnerung, dass die Gemeinderatsmitglieder die Verwaltungsratsmandate nicht in erster Linie wegen ihrer Kompetenz hätten – es würde ihn zwar freuen, wenn dies ab und zu noch zusammentreffe –, sondern weil sie von Amtes wegen in diese Verwaltungsräte delegiert seien. Er frage sich, weshalb eine solche Intransparenz gerade bei einem Verwaltungsratsmandat wie beim APH herrsche. Dort müsse man sich fragen, ob die Entschädigung so unverschämt hoch sei, dass schlussendlich der Gemeinderat sich selber schäme, die Zahl offen zu legen, gerade in einem Bereich, wo es sehr viele Arbeitsstellen mit sehr tiefen Löhnen gebe. Wenn der Gemeinderat keine Transparenz schaffe, so mache er dies eben selber. Mit dem Benchmark unter den Gemeinden habe er dies schon gemacht. Anschliessend habe er dies auch mit dem APH machen wollen und ihm ein Mail geschickt. Die Antwort des Direktors, Peter Bieri, sei sehr nett gewesen, er habe geschrieben: "Guten Tag Herr Racine. Der VR des APH ist grundsätzlich für eine Auskunft zu Ihrer Anfrage bereit, letztlich ist er auch für Transparenz". Bis dann der Gemeindepräsident eingeschritten sei und dies unterbunden habe. Er frage sich, wie es sich mit der Demokratieauffassung verhalte, wenn diejenigen, die betroffen seien, für Transparenz seien und dann komme der Gemeindepräsident und wolle dies wieder unterbinden. Er kenne die entsprechende Summe nicht, wenn sie aber so unverschämt hoch sei, könne er nur spekulieren, dass es sich wohl um einen Betrag zwischen CHF 10'000.00 und CHF 15'000.00 handle. Der Gemeinderat weise im Weiteren darauf hin, die Besoldungsregelung müsse angemessen gestaltet sein, sonst sei es nicht mehr attraktiv, ein Exekutivamt auszuüben. Diese Argumentation finde er recht speziell, denn er müsste sich Sorgen um Stephan Lack machen. Er sei von Amtes wegen in keinem Verwaltungsrat und habe eines der anstrengenden Ressorts, nämlich das Ressort Schule. Er hoffe, dass die andern Gemeinderatsmitglieder wenigstens so solidarisch seien, dass sie ihm Ende des Jahres einen Teil der eingestrichenen Gelder überweisen würden.

Unter Traktandum 11 sei gerade entschieden worden, dass der Grosse Gemeinderat aktiv in die ASP involviert werde. Et voilà: Mit der Zustimmung zu seiner Motion bestehe die erste Optimierungsmöglichkeit. Damit könnte den Einwohnerinnen und Einwohnern von Muri-Gümligen bewiesen werden, dass nicht nur beim Frauenverein,

der Aufgabenhilfe, der Bundesfeier, der Kultur und bei den IV-Rentnern gespart werde, sondern auch bei den Politikern selber. Er halte deshalb an seiner Motion fest und bitte die Ratsmitglieder, sie zu unterstützen.

Auf Frage des Vorsitzenden erklärt Raphael Racine, die Tischvorlage (Comic) sei unterstützend zur Meinungsbildung.

Markus Bärtschi (SVP) erklärt, er spreche ausdrücklich nicht für die Fraktion, welche Stimmfreigabe beschlossen habe, sondern ausnahmsweise und zur Abwechslung ausschliesslich für den gesunden Menschenverstand. Man habe bis jetzt nicht viel Negatives davon gemerkt, dass wir mit einer absoluten freisinnigen Mehrheit regiert würden, aber die Behandlung dieser Motion scheine ihm nun doch eine direkte Auswirkung dieser Anomalie zu sein. Dabei gehe es keineswegs um eine Frage von links oder rechts. Es gehe darum, dass, wenn die Gemeinde einen Gemeinderat in ein Gremium delegiere, bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen sei, dass diese Tätigkeit im Interesse der Gemeinde liege. Sollte dies in einem Einzelfall irgendwo nicht so sein, so würde hier Handlungsbedarf bestehen. Die mit solchen Mandaten verbundenen Entschädigungen würden relativ beachtlich variieren, was wenig mit der Bedeutung oder dem Aufwand oder der Qualität der geleisteten Arbeit zu tun habe, aber viel mit der finanziellen Situation der Institution. Bei dieser Gelegenheit möchte er aus Unverständnis über die Informationspolitik des Gemeinderats bezüglich der Entschädigungen zu Protokoll geben, dass er selber als vom Gemeinderat gewählter Verwaltungsrat des APH eine Entschädigung von jährlich CHF 5'000.00 erhalte und gleichzeitig nicht das Gefühl habe, dass diese exorbitant hoch sei. Die Wahl erfolge von Amtes wegen, d.h. sie sei eine direkte Folge der Ressortverteilung innerhalb des Gemeinderats. Wir würden unsere Gemeinderäte mit einem Fixum und einer Sitzungspauschale entschädigen. Ob wir nun ernsthaft möchten, dass bei der Verteilung der Ressorts bildlich gesprochen an jedem Platz ein unterschiedlich gefüllter Geldbeutel liege und man gleichzeitig bei der Ressortverteilung über die Ungerechtigkeit befände, wer nun welchen Beutel erhalte? Für ihn sei sonnenklar, dass wir dies nicht möchten, unabhängig davon, wessen Poster über unserem Bett hänge oder wen wir politisch blöd finden würden.

Es gehe im Übrigen auch ausdrücklich nicht um die Frage, ob wir die Gemeinderäte angemessen entschädigen würden. Wenn diesbezüglich Handlungsbedarf bestehen würde, könne die Lösung nicht in unterschiedlich hohen, geheim gehaltenen Zustüpfen liegen. Was von Amtes wegen zusätzlich verdient werde, gehöre an die Gemeindekasse abgeliefert. Was an zusätzlichem Aufwand dafür zu leisten sei, sei nach den gleichen demokratisch festgesetzten Ansätzen für alle abzugelten. Dies sei für ihn eine Selbstverständlichkeit und falls dies eine Mehrheit der Ratsmitglieder heute Abend noch nicht so sehen könne, wolle er Raphael Racine damit trösten, dass sich diese Einsicht eher früher als später nicht nur – aber auch – bei uns durchsetzen werde. Es sei sogar denkbar, dass übergeordnetes Recht diese Entscheidung ablehnen werde. Was hier so viel Papier verbraucht habe, um zu vernebeln statt einen Lösungsvorschlag zu liefern, seien Rückzugsgefechte eines überholten Selbstbildes. Es möge sein, dass die Unterschiede in absoluten Zahlen bei uns kleiner seien, als beim Bernischen Regierungsrat; relativ betrachtet sei er sich dessen gar nicht so sicher. Wenn sich sogar dort die Einsicht durchzusetzen vermöge, dass alles andere dem Bürger nicht mehr vermittelbar sei, so gelte dies ohne weiteres auch bei uns. Die Motion sei zu überweisen, seine Stimme habe sie.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Thomas Hanke noch von Raphael Racine verlangt.

Beschluss (15 Ja / 10 Nein / 10 Enthaltungen)

Die Motion Racine (SP): Transparente Gemeinderatsentschädigungen wird überwiesen.

14 Informationen des Gemeinderats

Mettlenquartier

Christian Staub erklärt, er wolle eine Richtigstellung anbringen zu einer Aussage, die er im Zusammenhang mit der Interpellation FDP/jf-Fraktion zu den Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Mettlenquartier gemacht habe. Er habe gesagt, der Gemeinderat sei auch der Meinung, man werde das "Unding", das dort stehe, wegräumen. Der Gemeinderat habe noch nicht entschieden. Er persönlich sei der Meinung, dass man dieses wegräumen müsste und er gehe davon aus, dass er den Gemeinderat davon überzeugen könne.

Parkplatz Wehrliau

Christian Staub macht darauf aufmerksam, dass das Parkplatzgebührensysteem das bisherige sei, es sei einfach ein zweiter Ticketautomat vorhanden. Die Parkierungstarife seien dieselben ("ASP lässt grüssen"). Er wünsche allen eine gute Sommersaison.

Dachsanierung Schulanlage Seidenberg

Thomas Hanke informiert namens der entschuldigten Barbara Künzi, dass im Moment der Pausenplatz saniert werde. Im Kredit für die Dachsanierung sei die Wiederherstellung des Pausenplatzes mit einem bescheidenen Betrag vorgesehen gewesen. Man habe dann festgestellt, dass der Platz in einem schlechten Zustand sei und so oder so in den nächsten Jahren total saniert werden müsste. Der Gemeinderat habe darauf verzichtet, jetzt noch die einzelnen "Blätze" zu flicken, sondern beschlossen, eine vollständige Sanierung des Pausenplatzes vorzunehmen. Dafür sei aber ein eigener Kredit gesprochen worden.

15 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Der Vorsitzende orientiert, die Ratsmitglieder würden in den nächsten Tagen per Mail die Einladung zum Parlamentsausflug vom 24. Juni 2014 erhalten. Es sei noch eine Antwort ausstehend, deshalb sei dies noch nicht geschehen. Der Ratsausflug werde am Aareufer stattfinden mit Nachtessen im Fähribeizli. Der Anlass werde mit einem Apéro um 17.30 Uhr bei ihm zu Hause beginnen.

Ruth Raaflaub informiert, einer der grössten Sportanlässe der Schweiz finde vom 12. bis zum 17. August 2014 statt, die Europameisterschaft in der Leichtathletik; sie verweise auf die aufgehängten Plakate. Ein Ticket zu kaufen wäre jetzt sinnvoll, die Tickets seien auch nicht überzogen teuer. Ein Tages-Ticket – ein solches müsse man kaufen – beinhalte je ein separates Ticket für eine Morgen Session und eine Abend Session, diese könnten dann untereinander verteilt werden. Sie habe Flyers mit dem Programm mitgebracht. In einer sehr kurzen Zeit würden alle Disziplinen durchgeführt und wer sich etwas dafür interessiere, werde Leichtathletik

vom Feinsten sehen. Der Anlass sei super organisiert. Wenn in dieser Zeit eine GGR-Sitzung stattfindet, werde sie nicht dabei sein, sie dürfe dort ein Team betreuen; welches wisse sie noch nicht, aber sie erzähle dann davon. Die Flyers könnten bei ihr bezogen werden.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Martin Humm

Anni Koch